



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 22. Juli 2019

Protokoll

über die 17. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 01.07.2019
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	16:12 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

CDU-Fraktion

Fricke, Dietmar

Glier, Andreas

Großer, Elke

Stellv. Vorsitzende Kreistag

Hantelmann, Klaus

Kanter, Heike

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Vorsitzender CDU

Löhr, Norbert

Oesterhelweg, Frank

Plumeyer, Henning

Rautmann, Dirk

Schäfer, Uwe

Stellver. Landrat

AfD-Fraktion

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Nieder, Achim

ab TOP 11

Pastewsky, Jürgen

Vorsitzender AfD

Wolfrum, Manfred, Dr.

GRÜNE-Fraktion

Barkhau, Holger

Vorsitzender GRÜNE

Dette, Ehrhard

Stellv. Vorsitzender Kreistag

Nagel, Hilmar

Wagner-Judith, Christiane

Stellver. Landrätin

FDP-Fraktion

Fach, Thomas
Försterling, Björn

Vorsitzender FDP

DIE LINKE-Fraktion

Schulz, Hartmut
Stoppok, Arnfred

Vorsitzender DIE LINKE

SPD-Fraktion

Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Eichenlaub, Joachim
Fahlbusch, Susanne
Ganzauer, Oliver
Hausmann, Michael
Hensel, Falk
Keye, Bernfried
Koch, Harald
Märtens, Julian
Meyn, Lennie
Naumann, Ruth
Resch-Hoppstock, Sabine
Sandte, Michael

Vorsitzender Kreistag

Vorsitzender SPD

Stellver. Landrat

Verwaltung

Beddig, Heiko

Erster Kreisrat

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin
Retzki, Bernd
Schillmann, Claus-Jürgen
Wilhelm, Andree
Löb, Susanne
Eidam, Julia
Schneeberg, Sophie

Dezernentin III
Kreisrat
Kreisbaurat
Pressesprecher
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführerin

Es fehlen:**CDU-Fraktion**

Eichenlaub, Günter
von Veltheim, Alexander
Wolff, Michael

AfD-Fraktion

Heid, Klaus-Dieter

GRÜNE-Fraktion

Gerndt, Reinhard, Dr.

SPD-Fraktion

Albinus, Martin
Bosse, Marcus

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)
4. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
5. Genehmigung des Protokolls über die 16. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 20.05.2019
6. Anfragen
 - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
 - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
7. Antrag SPD und GRÜNE: "Nachhaltiges Handeln und Denken im Landkreis Wolfenbüttel"
Vorlage: XVIII-0458/2019
8. Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0441/2019
9. Beschluss über den Jahresabschluss 2016 des Landkreises Wolfenbüttel sowie Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: XVIII-0432/2019
10. Quartalsbericht I / 2019 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0447/2019
11. Antrag DIE LINKE - Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Dorfgemeinschafts- und Mehrgenerationshäuser in kommunaler Trägerschaft
Vorlage: XVIII-0438/2019/1
12. Festlegung von Standards bei der Absicherung von Zuckerrübenverladungsvorgängen auf öffentlichen Straßen; Sachstandsbericht
Vorlage: XVIII-0436/2019
13. Förderung der Anbindung von Feuerwehrhäusern an das Internet
Vorlage: XVIII-0440/2019
14. Rettungsdienstliche Bewältigung von Großschadensereignissen im Landkreis Wolfenbüttel;
hier: Einrichtung einer Örtlichen Einsatzleitung (ÖEL) und von zwei Transporteinheiten zur Bewältigung eines Massenansturms von Verletzten und Erkrankten (MANV-T-Einheiten)
Vorlage: XVIII-0442/2019
15. Besetzung der Stelle zur Durchführung von Rückkehraufgaben
Vorlage: XVIII-0437/2019

16. Stellung eines Folgeantrags zur Weiterführung der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wolfenbüttel für die Förderperiode 2020-2024
Vorlage: XVIII-0450/2019
 17. Gewährung einer Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse;
Sanierung der Turnhalle in Remlingen
Vorlage: XVIII-0424/2019
 18. Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit; hier: Vorschlagsliste gem. § 28 Verwaltungsgerichtsordnung
Vorlage: XVIII-0454/2019
 19. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für das Jahr 2019
Vorlage: XVIII-0455/2019
 20. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)
 21. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 15:00 Uhr die 17. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages und heißt alle Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Albinus, Bosse, G. Eichenlaub, Dr. R. Gerndt, Heid, Münch, Wolff und v. Veltheim entschuldigt fehlen. KAbg. Nieder erscheint verspätet.

Vorsitzender Ganzauer gratuliert im Namen des Kreistages KAbg. Nagel nachträglich zum Geburtstag.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5

NKomVG)

Vorsitzender Ganzauer nimmt Bezug auf die eingereichten Umbesetzungen der SPD-Kreistagsfraktion in den Fachausschüssen und teilt folgende Änderungen mit:

- KAbg. Deitmar werde anstelle von KAbg. Sandte ordentliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Sport;
- KAbg. Sandte werde anstelle von KAbg. Deitmar ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration;
- KAbg. J. Eichenlaub werde anstelle von KAbg. Hensel ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit und
- KAbg. Hensel werde anstelle von KAbg. J. Eichenlaub ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung

und lässt den Kreistag die Nachbesetzung feststellen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

KAbg. Deitmar wird anstelle von KAbg. Sandte ordentliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Sport; KAbg. Sandte wird anstelle von KAbg. Deitmar ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration; KAbg. J. Eichenlaub wird anstelle von KAbg. Hensel ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit und KAbg. Hensel wird anstelle von KAbg. J. Eichenlaub ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung fest.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls über die 16. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 20.05.2019

Vorsitzender Ganzauer erklärt, dass keine Änderungswünsche vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 16. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 20.05.2019 wird genehmigt.

TOP 6 Anfragen

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

KAbg. Hantelmann stellt gemeinsam mit KAbg. Wolff nachstehende Anfragen über die geplante Schulgesetz-Novelle, welche der niedersächsische Landtag in Kürze verabschieden werde. Insbesondere werde Bezug auf § 67 Abs. 2 genommen, welcher erstmals festlege, dass die „nächste zu dem Ausbildungsbetrieb der Berufschüler/innen gelegene Berufsschule“ besucht werden solle. Da diese Regelung zu einer erheblichen Schwächung der Berufsschule der Carl-Gotthard-Langhans-Schule (CGLS) führen dürfte werden nachstehende Anfragen an Landrätin Steinbrügge gestellt:

1. Werden Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten auf die Landtagsabgeordneten Einfluss nehmen, dass die wohnortnahe Beschulung anders als in der Entwurfsfassung vom 28.05.2019 geregelt werde?
2. Für wie viele Schüler/innen werden gegenwärtig Gastschulbeträge an die Nachbarkommunen wegen des Besuchs einer anderen Berufsschule als der CGLS gezahlt?
3. Bitte nennen Sie aus dem Betriebsdatenbestand Ihrer Wirtschaftsförderung die Anzahl der Ausbildungsbetriebe, die näher an einer anderen Berufsschule als die CGLS gelegen seien?

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass die Beantwortung über das Protokoll erfolge.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Zu 1:

Gegenüber dem NLT wurde eine wie folgt lautende Stellungnahme zu dem geplanten Gesetzesentwurf abgegeben: In dem Anschreiben des NLT ist von wohnortnaher Beschulung der Berufsschüler/innen die Rede. Sowohl in der Begründung zur Änderung des § 67 wie auch im § 67 Absatz 2 NSchG (neu) heißt es hingegen, dass Auszubildende es der Landesschulbehörde anzuzeigen haben, wenn sie nicht die nächste zu ihrem Ausbildungsbetrieb gelegene Berufsschule oder eine Berufsschule in einem anderen Bundesland besuchen möchten. Wohnort und Ort des Ausbildungsbetriebes dürften insbesondere in Flächenlandkreisen meistens auseinanderfallen. Die

Auswirkungen auf die BBS bei konsequenter Anwahl einer dem Ausbildungsbetrieb nahen Berufsschule ist ebenso wenig absehbar wie die Auswirkungen einer wohnortnahen Beschulung in Berufsschulen. Vor Aufnahme einer solchen Regelung in das Gesetz sollten die Schuldaten der Berufsschülerinnen und Berufsschüler ausgewertet werden. Die Daten liegen den Schulträgern vor. In der Region Braunschweig haben sich die Kommunen zusammengefunden, um genau diese Daten (Ausbildungsberuf, Wohnort und Ort des Ausbildungsbetriebes) zusammenzutragen und auszuwerten mit dem Ziel, eine regionale Schulentwicklungsplanung für die Berufsbildenden Schulen gemeinsam durchzuführen.

Aus dem Gesetzestext lässt sich nicht entnehmen, dass zwingend die dem Ausbildungsbetrieb nächst gelegene Schule zu besuchen ist oder besucht werden soll. Es besteht „lediglich“ eine Anzeigepflicht, wenn der/ die Auszubildende nicht die dem Ausbildungsbetrieb nächst gelegene BBS besucht. Rechtsfolgen sind nicht vorgesehen.

Zu 2:

Da die Abrechnung für das Schuljahr 2019/2020 noch nicht abschließend bearbeitet ist, werden hier die Zahlen für das Schuljahr 2018/2019 mitgeteilt:

Für den Bereich der Berufsschulen (Teilzeit- und Blockunterricht) sind für das Schuljahr 2018/19 für 423 Personen Gastschulbeiträge zu zahlen. Teilweise sind die Beträge von den benachbarten Kommunen noch nicht abschließend bestätigt, d.h., es können sich noch Veränderungen ergeben.

Zu 3:

Weder der Wirtschaftsförderung noch dem Schulreferat liegen solche Daten vor, die diese Frage beantworten könnten. Es wird insoweit auf die Beantwortung zu Frage 1 verwiesen, dass sich in der Region Braunschweig die Kommunen zusammengefunden haben, um genau diese Daten (Ausbildungsberuf, Wohnort und Ort des Ausbildungsbetriebes) zusammenzutragen und auszuwerten.

KAbg. Hantelmann stellt eine weitere Anfrage zum Thema Abiturienten-Entlassungsfeier der IGS Wallstraße und erklärt, dass dort die Ehrung der besonderen Leistungen, wie z.B. für Abiturnoten bis 1,5 oder auch für besonderes soziales Engagement für die Schulgemeinschaft, fehle, welche an allen Gymnasien üblich sei. Die Stadt Wolfenbüttel ehre beispielsweise die sehr guten Abiturienten/ Abiturientinnen mit einem Buchgutschein. Daher werde nachstehende Anfrage gestellt:

Wurde diese Thematik im Schulamt schon einmal diskutiert und beabsichtigt der Landkreis Wolfenbüttel zumindest vom kommenden Schuljahr an, solche Ehrungen vorzunehmen?

Landrätin Steinbrügge bedankt sich für die Anregung und erklärt, dass diesbezüglich ein Vorschlag erarbeitet werde, welcher in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule und Sport vorgestellt werde.

Kreisrat Retzki merkt an, dass er soeben von der Veranstaltung zur Verleihung der Sommerferientickets gekommen sei. Auf dieser Veranstaltung werden seit 10 Jahren insgesamt 15 Schüler/innen geehrt, welche sich durch besondere Leistungen außerhalb der Schule ausgezeichnet haben.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Das Sommerferienticket wird von den Verkehrsbetrieben im Landkreis Wolfenbüttel gesponsert. Gutscheine/ Ehrungen auf Kosten des Landkreises finden nicht statt.

KAbg. Pastewsky nimmt Bezug auf die Anmeldezahlen an der IGS Schöppenstedt und fragt nach, ob es zwischenzeitlich eine aktuellere Anmeldezahl als 56 gebe? Falls nein, wie werde die Entscheidung zur Einführung der IGS beurteilt, die auf der Grundlage einer 10-Jahres-Prognose beschlossen wurde, welche von einer durchschnittlichen Anmeldezahl von 72 Schüler/innen ausgegangen sei?

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass es keine aktuellere Anmeldezahl bekannt sei. Jedoch sei es eine Dreizügigkeit an der IGS Schöppenstedt gesichert. Dies wurde zwischenzeitlich mit der Landesschulbehörde abgestimmt. Die 10-Jahres-Prognose wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Erfahrungsgemäß gebe es beim Aufbau neuer Schulen Schwankungen in den Anmeldezahlen. Weil die Anmeldezahl in diesem Jahr von der Prognose abweiche, könnten keine Schlussfolgerungen für die nächsten Jahre daraus gezogen werden. Abschließend werde angemerkt, dass in diesem Jahr auch einige Schüler/innen an die Oberschule in Sickte abgewandert seien.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Aktuell wurden 52 Neuanmeldungen (inkl. 5 Inklusionskinder) zzgl. 4 Wiederholer/innen in der 5. Klasse bestätigt. Aufgrund der Doppelzählung der Inklusionskinder ergeben sich rechnerisch 61 Schülerinnen und Schüler, die beschult werden.

KAbg. Sandte erklärt, dass in Fämmelse aktuell Gerüchte kursieren, dass an der Bundesstraße 248 eine Mülldeponie errichtet und betrieben werden solle. Dazu werden nachstehende Anfragen gestellt:

1. Gebe es Rechtsvorschriften, welche eine Beteiligung und/ oder Information der Kreisverwaltung im Falle der Errichtung einer Deponie vorsehen?
2. Liegen ggf. in der Kreisverwaltung bereits entsprechende Informationen vor?
3. Wenn ja, was solle dort deponiert werden?

Kreisbaurat Schillmann erklärt, dass geplant sei, die Flächen der Stadt Salzgitter auf der westlichen Seite der Bundesstraße 248 zu verfüllen. Dazu werde aktuell das Planfeststellungsverfahren seitens des Gewerbeaufsichtsamtes Braunschweig betrieben. Eine öffentliche Auslegung habe in der Samtgemeinde Oderwald stattgefunden. Weitere Informationen werden über das Protokoll mitgeteilt.

KAbg. Hensel erklärt, dass eine Auslegung in der Samtgemeinde Oderwald nicht nachvollzogen werden könne, da die Flächen an die Stadt Wolfenbüttel grenzen. Eine Beteiligung der Ortsräte in Wolfenbüttel habe nicht stattgefunden.

KAbg. Fahlbusch merkt an, dass es sich dabei um die Reststoffanlage Barum handeln könnte. Hierzu wurde die Gemeinde Cramme um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Auch die Stadt Wolfenbüttel sei beteiligt worden.

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass sich um zwei unterschiedliche Verfahren handle. Bei der Reststoffanlage Barum sei auch der Landkreis Wolfenbüttel beteiligt worden. Hierbei gehe es vorwiegend um den Schutz des Grundwassers und der Umwelt. Daher müsste die Anlage erweitert werden.

KAbg. Lagoksy wünscht sich weitergehende Information und eine Befassung im nächsten Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung.

Kreisbaurat Schillmann bestätigt weitergehende Informationen zu dem Thema über das Protokoll und auf der nächsten Sitzung des Fachausschusses.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Die Umweltdienste Kedenburg GmbH planen die Errichtung und den Betrieb einer Deponieklasse (DK) 0+ Deponie (DK0+ steht für die Ablagerung von unbelasteten bzw. gering schadstoffhaltige Abfälle) an der B248.

Der Standort der Deponie liegt westlich der Bundesstraße B 248 zwischen den Ortschaften Salzgitter-Thiede im Norden und Salzgitter-Drütte im Südwesten. Die Erschließung des Geländes erfolgt über einen nördlich des Geländes verlaufenden Wirtschaftsweg, der auf die Bundesstraße 248 mündet.

Die Gesamtfläche des Geländes beträgt ca. 20,5 ha, wobei ca. 1,6 ha auf den Betrieb der vor Ort bereits vorhandenen Bauschuttzubereitung entfallen, der nicht Teil des jetzigen Antrages ist. Der reine Abfallablagerungsbereich umfasst ca. 13,6 ha. Das Volumen zur Abfallablagerung auf Grundlage der vorgelegten Planung beträgt insgesamt ca. 1,75 Mio. m³.

1. Die Errichtung und der Betrieb der Anlage bedürfen gem. § 35 Abs. 2 KrWG einer Planfeststellung. Das Planfeststellungsverfahren ist in den §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) geregelt. Nach § 73 VwVfG fordert die Anhörungsbehörde die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, zur Stellungnahme auf und veranlasst, dass der Plan in den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, ausgelegt wird.
2. Der Landkreis Wolfenbüttel ist im August 2018 vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig beteiligt worden und hat am 27.09.18 eine Stellungnahme zu dem Vorhaben abgegeben.
3. Abgelagert werden sollen mineralische inerte (nicht mehr aktive) Abfälle sowie u. a. Rost- und Kesselaschen und Schlacken, die die Zuordnungskriterien der DK 0 der Deponieverordnung einhalten.

Ein detaillierter Lageplan sowie ein Schnitt der geplanten Deponie wird im nächsten Ausschuss vorgelegt.

KAbg. Meyn nimmt Bezug auf den deutschlandweiten Ausbau des 5G Standards und fragt nach:

1. Wie die Abdeckung der Mobilfunkversorgung im Landkreis Wolfenbüttel aussehe?
2. Ob es im Landkreis Wolfenbüttel noch sogenannte „weiße Flecken“ gebe?
3. Und wie gravierend sich die Netzabdeckung im Landkreisgebiet zwischen 2G/ 3 G und 4 G unterscheidet?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass eine Übersicht beim Breitbandzentrum Niedersachsen vorliege. Eine entsprechende Karte dazu könnte unter dem nachstehenden Link eingesehen werden:

https://www.niedersachsen-breitbandatlas.de/mapbender3/application/Mobilfunkatlas_Niedersachsen

Im Bereich der Grundversorgung mit 2 G lasse sich für den Landkreis Wolfenbüttel feststellen, dass es nur sehr wenige Funklöcher gebe. Im Südwesten der Samtgemeinde Baddeckenstedt seien 2 G und 4 G Funklöcher vorhanden. 4 G Löcher gebe es weiterhin im Bereich Elm (Reitlingstal) sowie östlich in Richtung Schöningen. Weitere 2 G Löcher befinden sich östlich des Watzumer Häuschens. Kleinste Funklöcher gebe es noch in Gielde, zwischen Heiningen und Klein Flöthe sowie an der östlichen Grenze von Hornburg auf dem Weg nach Rhoden in Sachsen-Anhalt. Es werde darauf hingewiesen, dass für das Telefonieren lediglich 2 G notwendig seien. Die 4 G Technologie sei auf das mobile Internet ausgerichtet.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Ein Telefonat auf der Fahrt entlang einer Straße kann abrechnen, wenn dort lediglich ein Mobilfunkanbieter seinen Korridor hat. Die Probleme in der Versorgung mit ggf. nur einem Anbieter lassen sich z.B. über das nationale Roaming lösen, d.h. ein vorhandener Anbieter muss die anderen Anbieter mit auf sein Netz lassen. Diese Lösung wird aktuell von der Wirtschaft und Politik abgelehnt, jedoch als zukünftige Möglichkeit diskutiert. Lediglich die Politik kann auf die Firmen einwirken, ihre Netze offen zu legen und andere Anbieter auf die Netze des Konkurrenten zu lassen. Es besteht für den Landkreis Wolfenbüttel keine Möglichkeit die Gegebenheiten einzusehen und das nationale Roaming zu beeinflussen.

**TOP 7 Antrag SPD und GRÜNE: "Nachhaltiges Handeln und Denken im
Landkreis Wolfenbüttel"
Vorlage: XVIII-0458/2019**

KAbg. Barkhau erläutert die Vorlage XVIII-0458/2019 und bittet um Annahme des Antrages.

KAbg. Lagosky erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag ablehnen werde. Ohne Zweifel sei ein nachhaltiges Handeln richtig und wichtig, jedoch werde die Form und der Umfang des Antrages eher als Belastung der Kreisverwaltung gesehen, wenn alle 17 Ziele der Vereinten Nationen abgearbeitet werden sollte. Dort hätte zumindest eine Auswahl der zu betrachtenden Ziele erfolgen müssen. Darüber hinaus seien die bis zum Jahr 2021 beschlossenen Oberziele bereits mit den Nachhaltigkeitszielen vereinbar.

KAbg. Pastewsky erklärt, dass sich die AfD-Kreistagsfraktion bei der Beschlussfassung enthalten werde. Der Antrag bilde keine klassische Aufgabe einer Kreisverwaltung ab, jedoch blicke die AfD-Kreistagsfraktion gespannt auf die Umsetzung mancher Ziele der Vereinten Nationen.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen und schlägt vor, den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zu überweisen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich bei 21 Ja-, 13 Neinstimmen und 4 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNEN zum Thema „Nachhaltiges Handeln und Denken im Landkreis Wolfenbüttel“ wird angenommen und in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit überwiesen.

TOP 8 Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0441/2019

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0441/2019.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das vorliegende Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK) für den Landkreis Wolfenbüttel wird beschlossen.

TOP 9 Beschluss über den Jahresabschluss 2016 des Landkreises Wolfenbüttel sowie Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: XVIII-0432/2019

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0432/2019.

Vorsitzender Ganzauer erklärt, dass über die Beschlusspunkt getrennt abgestimmt werde.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Jahresabschluss 2016 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Landrätin für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Landrätin Steinbrügge hat sich bei der Beschlussfassung enthalten.

**TOP 10 Quartalsbericht I / 2019 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0447/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0447/2019.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Bericht zum 31.03.2019 des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 576.884,42 €.

**TOP 11 Antrag DIE LINKE - Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für
Dorfgemeinschafts- und Mehrgenerationshäuser in kommunaler
Trägerschaft
Vorlage: XVIII-0438/2019/1**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0438/2019/1.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, die darüber berät ob und ggf. wie die Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Dorfgemeinschafts- und Mehrgenerationenhäuser in kommunaler Trägerschaft ausgestaltet werden soll.

Vorsitzender Ganzauer bittet sodann die Fraktionen um Benennung je eines Mitgliedes für die Arbeitsgruppe:

- SPD: KAbg. Keye
- CDU: Stellvertr. Landrat Schäfer
- AfD: KAbg. Nieder
- GRÜNE: KAbg. Dette
- DIE LINKE: KAbg. Stoppok
- FDP: KAbg. Försterling

**TOP 12 Festlegung von Standards bei der Absicherung von Zuckerrübenverladungsvorgängen auf öffentlichen Straßen; Sachstandsbericht
Vorlage: XVIII-0436/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0436/2019.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Kreistag nimmt von dem Sachstandsbericht zur Festlegung von Standards bei der Absicherung von Zuckerrübenverladungsvorgängen auf öffentlichen Straßen Kenntnis.

**TOP 13 Förderung der Anbindung von Feuerwehrhäusern an das Internet
Vorlage: XVIII-0440/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0440/2019.

Stellvertr. Landrat Schäfer betont die gute Vorlage und hofft auf eine breite Zustimmung. Das Thema werde bereits seit geraumer Zeit bei den Feuerwehren diskutiert, da die digitale Aufarbeitung von Einsätzen wichtig sei. Es wäre wünschenswert, wenn in die Vereinbarung mit den Gebietskörperschaften der Hinweis aufgenommen werden könnte, dass eine Auszahlung noch im Jahr 2019 erfolgen sollte.

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass das Verfahren schlank gestaltet werde. Die Mittel stehen im Haushalt 2019 bereit und könnten auf Antrag abgefordert werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel fördert die Betriebskosten für die Anbindung von Feuerwehrhäusern an das Internet mit einer einmaligen zweckgebundenen Pauschale von 500,00 Euro pro Liegenschaft.

**TOP 14 Rettungsdienstliche Bewältigung von Großschadensereignissen im Landkreis Wolfenbüttel;
hier: Einrichtung einer Örtlichen Einsatzleitung (ÖEL) und von zwei Transporteinheiten zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten und Erkrankten (MANV-T-Einheiten)
Vorlage: XVIII-0442/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0442/2019.

KAbg. Fricke erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Vorlage begrüße, weil diese die Sicherheit der Bevölkerung betreffe. Die aktuellen Vertragsmodalitäten mit der Stadt Braunschweig könnten eine Gestellung einer örtlichen Einsatzleitung (ÖEL) und eines Leitenden Notarztes (LNA) nicht verbindlich garantieren. Da der Landkreis Wolfenbüttel jedoch einen Sicherstellungsauftrag habe und Großschadenslagen leider immer mehr zunehmen, sei die Aufstellung und Einrichtung einer kreis- und aufgabenbezogenen ÖEL als Koordinierungs- und Steuerungsstelle wichtig und richtig. Genauso wie der Aufbau von 2 Transporteinheiten zur Bewältigung von Massenunfällen. Das DRK werde insoweit als geeigneter Partner gesehen, da sie über die Erfahrung und die strukturelle Logistik verfügen. Auch die Finanzierung sei angemessen und nachvollziehbar dargestellt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt,

1. gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Wolfenbüttel e. V., der DRK-Rettungsdienst Wolfenbüttel gGmbH (nachfolgend DRK) und der Städtisches Klinikum Wolfenbüttel gGmbH eine Örtliche Einsatzleitung (ÖEL) sowie
2. gemeinsam mit dem DRK zwei Transporteinheiten zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten und Erkrankten (MANV-T-Einheiten) aufzubauen und
3. mit den Kostenträgern über die Anerkennung der dadurch entstehenden Kosten zu verhandeln.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Die KAbge. Försterling und Kanter haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt.

**TOP 15 Besetzung der Stelle zur Durchführung von Rückkehraufgaben
Vorlage: XVIII-0437/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0437/2019.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Besetzung einer im Stellenplan ausgewiesenen und unbesetzten Übergangsstelle für Beamte auf Probe unmittelbar nach Ausbildungsende mit einer Beamtin/einem Beamten oder

einer/einem Tarifbeschäftigten für die auf drei Jahre befristete Sachbearbeitung zur Durchführung von Rückkehraufgaben wird zugestimmt.

2. Im Stellenplan 2020 wird eine Teilzeitstelle (0,5 VZÄ) nach Besoldungsgruppe A 8 NBesG zur Sachbearbeitung von Rückkehraufgaben mit einem „künftig wegfallend“-Vermerk zum 31.12.2022 ausgebracht.

TOP 16 Stellung eines Folgeantrags zur Weiterführung der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wolfenbüttel für die Förderperiode 2020-2024
Vorlage: XVIII-0450/2019

KAbg. Dr. Wolfrum erläutert die Vorlage XVIII-0450/2019 und merkt an, dass der Beschlussvorschlag im Verwaltungsrat in dem Sinne geändert wurde, dass das Programm allen Formen des Extremismus entgegnet werden solle.

Landrätin Steinbrügge stellt klar, dass der Beschlussvorschlag sowohl im Verwaltungsrat als auch im Kreisausschuss unverändert empfohlen wurde. In den jeweiligen Protokollen wurde festgehalten, dass sich das Programm gegen alle Formen von Extremismus engagiere. So solle das Programm im Landkreis Wolfenbüttel verstanden und umgesetzt werden.

KAbge. Hantelmann und Resch-Hoppstock sowie die stellvertr. Landrätin Wagner-Judith sprechen sich ausdrücklich im Namen ihrer Fraktionen für die Fortführung des Programms aus. Der Begleitausschuss arbeite sachorientiert, kostenbewusst und erreiche direkt die Menschen im gesamten Landkreis Wolfenbüttel. Die 47 gestarteten Initiativen und Projekte erreichen Menschen aller Nationen, Religionen und politischen Interessen und fördere Respekt, Toleranz und Offenheit. Es sei richtig und wichtig, dass alle Formen des Extremismus von dem Programm erfasst werden. Das Programm tue dem Landkreis Wolfenbüttel gut, denn auch hier gelte es aufzupassen und die Demokratie zu fördern. Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith ergänzt, dass auch die Ansiedlung in der Freiwilligenagentur gut sei und richtigerweise ein Schwerpunkt auf den Bereich der Jugendarbeit gelegt wurde. Das Programm zeige, wie auf theoretische Ansätze praktische Umsetzungen erfolgen und Demokratie erlebbar werde. Wünschenswert wäre jedoch eine stärkere Einbindung der Schulen. KAbg. Resch-Hoppstock merkt darüber hinaus an, dass die Koordinierungsstelle auch die kleinen Vereine und Organisationen bei dem Zugang zu den teils komplizierten Förderkulissen unterstützt habe. Der Dank gelte Frau Gebhardt und Frau Schlager, die das Projekt begleiten. Das Programm habe mit den 47 Projekten einen guten Zugang zur Breitenkultur gefunden und stelle eine Bereicherung für den Landkreis Wolfenbüttel dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel beantragt die Fortführung der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) im Landkreis Wolfenbüttel für die Förderperiode 2020-2024 beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
2. Im Bildungszentrum wird weiterhin für den Förderzeitraum 2020-2024 befristet, eine 0,5 Stelle eingerichtet, die als federführendes Amt die Verantwortung für die lokale Partnerschaft für Demokratie übernimmt.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

KAbg. Hensel hat weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt.

**TOP 17 Gewährung einer Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse;
Sanierung der Turnhalle in Remlingen
Vorlage: XVIII-0424/2019**

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage XVIII-0424/2019.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Samtgemeinde Elm-Asse wird zu den Kosten für die Sanierung der Turnhalle in Remlingen eine Zuwendung in Höhe von 41.701,40 € gewährt
2. Die Zuwendung ist
 - a. 40 v.H. als Zuweisung (= 16.680,56 €)
 - b. 60 v.H. als zinsloses Darlehen (= 25.020,84 €)
3. Dem Landkreis Wolfenbüttel wird zu den Kosten für die Sanierung der Turnhalle in Remlingen eine Zuwendung in Höhe von 146.967,58 € gewährt
4. Die Zuwendung ist
 - a. 40 v.H. als Zuweisung (= 58.787,03 €)
 - b. 60 v.H. als zinsloses Darlehen (= 88.180,55 €)

mit einer Laufzeit von 10 Jahren im Haushaltsjahr 2019 auszuführen.

**TOP 18 Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den
Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit; hier: Vorschlagsliste gem. § 28
Verwaltungsgerichtsordnung
Vorlage: XVIII-0454/2019**

Stellvertr. Landrat Märtens erläutert die Vorlage XVIII-0454/2019 und erklärt, dass sich der Kreisausschuss für Herrn Dieter Lorenz ausgesprochen habe.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag schlägt gemäß § 28 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) Herrn Dieter Lorenz für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht in Braunschweig vor.

TOP 19 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für das Jahr 2019
Vorlage: XVIII-0455/2019

Stellvertr. Landrat Schäfer erläutert die Vorlage XVIII-0455/2019 und weist auf folgende redaktionelle Änderungen hin:

§ 1 Abs. 4:

- Notfallrettung (mit Sondersignal): **8.764** (bisher: 7.883) mit insgesamt 209.488 km
- Qualifizierte Krankentransport: **8.609** (bisher: 7.043) mit insgesamt 226.964 km
- Notarzteinsätze: **1.473** (bisher: 1.228) mit insgesamt 31.332 km

Da die Gremien der Kostenträger teilweise erst Mitte August 2019 tagen, baten die Kostenträger darum, das Inkrafttreten der Entgeltvereinbarung auf den 01.09.2019 (bisher 15.07.2019) zu verschieben. Das führe zu weiteren nachstehenden Änderungen:

§ 2 Abs. 1:

- Anstelle: „ab dem 15.07.2019 bis zum 31.12.2019“
Neu: „ab dem 01.09.2019 bis zum 31.12.2019“.

§ 7 Abs. 1:

- Anstelle: „vom 15.07.2019 bis zum 31.12.2019“
Neu: „vom 01.09.2019 bis 31.12.2019“.

Zurzeit befinden sich die Kostenträger im abschließenden internen Abstimmungsprozess zu der Entgeltvereinbarung. Sollten sich hieraus weitere redaktionelle Änderungen ergeben, werden diese auf einer der nächsten Sitzungen mitgeteilt.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für den Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel des Jahres 2019, wie sich aus ihrem Wortlaut aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVIII-0455/2019 ergibt, wird mit folgenden Änderungen:

§ 1 Abs. 4:

- Notfallrettung (mit Sondersignal): **8.764** (bisher: 7.883) mit insgesamt 209.488 km
- Qualifizierte Krankentransport: **8.609** (bisher: 7.043) mit insgesamt 226.964 km
- Notarzteinsätze: **1.473** (bisher: 1.228) mit insgesamt 31.332 km

§ 2 Abs. 1:

- Anstelle: „ab dem 15.07.2019 bis zum 31.12.2019“
Neu: „ab dem 01.09.2019 bis zum 31.12.2019“.

§ 7 Abs. 1:

- Anstelle: „vom 15.07.2019 bis zum 31.12.2019“
Neu: „vom 01.09.2019 bis 31.12.2019“.

zugestimmt.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Die KAbge. Försterling und Kanter haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt.

TOP 20 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)

Landrätin Steinbrügge informiert darüber, dass der Landkreis Wolfenbüttel zwischenzeitlich dem Memorandum „Niedersachsen für Europa“ beigetreten sei. Ein entsprechender Hinweis werde auf der Homepage des Landkreises Wolfenbüttel veröffentlicht. Darüber hinaus gebe es Überlegungen, wie das Thema in geeigneter Weise aufgegriffen und umgesetzt werden könnte. Als Beispiel werde hier die Veranstaltung „30 Jahre Grenzöffnung“ genannt, welche gemeinsam mit der Stadt Wolfenbüttel am 03.10.2019 im Lessingtheater stattfinden werde.

Landrätin Steinbrügge nimmt weiterhin Bezug auf die Resolution des Kreistages zur Sicherung der Akten zur Schachanlage Asse II und zur Fortsetzung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW). Die Resolution wurde an die Fraktionen im Landtag übersandt. Zwischenzeitlich habe die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag reagiert und eine weitere Anfrage an die Landesregierung gerichtet. In der weitergehenden Anfrage gehe es darum, welche Erkenntnisse die Arbeit des IWW erbracht habe und wie der Zugang zu den gesicherten Akten für die Öffentlichkeit erhalten werde. Die entsprechende Antwort der Landesregierung habe die Kreisverwaltung heute erreicht und werde dem Protokoll beigelegt. **(Anlage 1)**.

Abschließend nimmt Landrätin Steinbrügge Bezug auf den übersandten Entwurf des Sitzungskalender 2020 und bittet die Fraktionen um Mitteilung etwaiger Änderungswünsche.

Die Fraktionen im Kreistag Wolfenbüttel signalisieren Zustimmung zu dem Entwurf des Sitzungskalenders 2020. Änderungswünsche werden nicht mitgeteilt.

TOP 21 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt den öffentlichen Teil um 16:08 Uhr.